



Brüssel, den 6. Oktober 2016
(OR. en)

12492/1/16
REV 1

SOC 555
EMPL 366
ECOFIN 828
EDUC 297

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Weiterverfolgung spezifischer beschäftigungsbezogener Fragen
- Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Langzeitarbeitslosigkeit

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zur Vorbereitung des Gedankenaustauschs auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 13. Oktober 2016.

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

Obwohl sich die Aussichten in den Bereichen Beschäftigung und Soziales infolge der besseren Wirtschaftslage aufgeheitert haben, leiden bestimmte Risikogruppen nach wie vor unvermindert unter den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise. Dies gilt für die Langzeitarbeitslosen, deren komplexe Situation sich in Einkommensverlusten, einer Erosion des Humankapitals, einem häufigeren Auftreten gesundheitlicher und psychischer Probleme und einer steigenden Zahl der von Armut betroffenen Haushalte niederschlägt. Die Langzeitarbeitslosigkeit in der EU ist mit 4,3 % der Erwerbsbevölkerung nach wie vor hoch. Daher besteht nach wie vor dringender Handlungsbedarf.

Im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im vergangenen Jahr um 1,5 Millionen gesunken. In den am stärksten betroffenen Ländern waren deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Zwar ist die Tendenz ermutigend, doch sind noch immer 10,5 Millionen EU-Bürger seit mehr als einem Jahr arbeitslos, davon 6,6 Millionen bereits länger als zwei Jahre, was zu mehr Armut und Ungleichheit führt und Unmut und politische Unzufriedenheit schürt.

Am 15. Februar 2016 hat der Rat seine Empfehlung zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt¹ angenommen. Diese bietet einen Rahmen, mit dem die Unterstützung vereinfacht und wirksamer werden soll, der den Mitgliedstaaten gleichzeitig jedoch genügend Flexibilität einräumt, was die Konzipierung und Durchführung ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit anbelangt. Die Länder verfügen somit über beträchtlichen Spielraum, sodass sie maßgeschneiderte Strategien wählen können, die an ihre jeweiligen nationalen Gegebenheiten angepasst sind. Außerdem bilden die Langzeitarbeitslosen keine homogene Gruppe. Eine koordinierte Unterstützung von Langzeitarbeitslosen sollte daher auf den individuellen Bedarf zugeschnitten sein. Zwei wichtige konkrete Herausforderungen, die in der Empfehlung genannt werden, sind eine individuelle Unterstützung in Form von Wiedereingliederungsvereinbarungen und die Einrichtung zentraler Anlaufstellen.

Während einige Länder hier bereits gut vorangekommen sind, besteht gerade in den Mitgliedstaaten, in denen die Langzeitarbeitslosigkeit am höchsten ist, ein großes **Kapazitätsdefizit**. Die Palette der aktiven Maßnahmen und sozialen Dienstleistungen ist oft noch in der Entwicklung begriffen; hierfür sind erhebliche Investitionen erforderlich. Die Etablierung interinstitutioneller Abläufe, die der Koordinierung dienen, erfordert Vertrauensbildung und kann durchaus eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

¹ ABl. C 67 vom 20.2.2016, S. 1.

Die Länder mit den größten administrativen Problemen sind auch die Länder, die die umfangreichsten Mittelzuweisungen aus dem **Europäischen Sozialfonds (ESF)** erhalten. Diese Mittel können sinnvoll eingesetzt werden, nämlich für den Aufbau einer Dateninfrastruktur, die Informationen von Ausbildungsanbietern und Sozialdienstleistern mit denen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen verbindet. Dies zahlt sich auf lange Sicht aus, da sie eine bessere Bewertung der Programme ermöglicht, die sicherstellt, dass sich die Investitionen rentieren.

Die Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt erfordert oft Zuschüsse zur **Leistung des Arbeitgebers** in Form von Beschäftigungsanreizen, Subventionen für Lernen am Arbeitsplatz, Lehrstellen für Erwachsene und eines verstärkten Dienstangebots für Arbeitgeber. Sozialunternehmen und geschützte Beschäftigungsverhältnisse können für mehrfach benachteiligte Gruppen, etwa für Roma-Gemeinschaften in abgelegenen Regionen oder für Menschen mit Behinderung, in Betracht kommen, während Programme für öffentliche Arbeiten in Gebieten mit außergewöhnlich geringem Beschäftigungswachstum als letztes Mittel eingesetzt werden können. Allerdings müssen solche Maßnahmen stets zielgerichtet sein und genau geprüft werden.

Der Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit sollte auch durch Maßnahmen auf der Nachfrageseite unterstützt werden, wobei ausgewogene makroökonomische Strategien erforderlich sind. Politische Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung werden sich positiv auf die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit auswirken. Was die Empfehlung anbelangt, so bedarf es einer strukturierten und ambitionierten **Überwachung der Fortschritte**, die bei ihrer Umsetzung erzielt werden. Anhand klarer quantitativer Indikatoren sollten die Fortschritte bei der Aktivierung von Langzeitarbeitslosen und ihrer Überführung in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse ermittelt werden. Der **Beschäftigungsausschuss** kann für eine verstärkte und strukturierte multilaterale Überwachung sorgen, bei der das Potenzial für politische Lernprozesse, das die Empfehlung bietet, optimal ausgeschöpft wird. Das Europäische Netz der öffentlichen Arbeitsverwaltungen sollte dem Aspekt der Langzeitarbeitslosigkeit im Rahmen des Benchlearning noch stärker Rechnung tragen und dadurch den Aufbau von Kapazitäten und Fortschritte bei der Übernahme bewährter Verfahren ermöglichen.

Der Meinungsaustausch beginnt mit drei Delegationen, die über ihre Erfahrungen berichten.

In **Bulgarien** ist die Langzeitarbeitslosigkeit innerhalb von zwei Jahren um 1,8 Prozentpunkte auf 5,6 % im Jahr 2015 zurückgegangen. Seit 2015 führt Bulgarien ein neues Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose durch. Derzeit werden Zentren für Beschäftigung und soziale Unterstützung aufgebaut, die integrierte Dienste für Langzeitarbeitslose unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse erbringen sollen. Für Risikogruppen, einschließlich Langzeitarbeitslose, wurde ein methodischer Rahmen mit neuen Arbeitsmethoden entwickelt. Ein individueller Aktionsplan, einschließlich der Erstellung eines Profils für jeden registrierten Arbeitslosen, spielt eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung gezielter Arbeitsvermittlungsdienste. Angeboten wird eine umfassende Unterstützung, die sich auch auf psychologische Beratung, Berufs- und Laufbahnberatung und die Teilnahme an Diensten für Arbeitssuchende erstreckt. Die Arbeitsvermittler bemühen sich zudem, Menschen, die sich nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt befinden, zu ermitteln, zu motivieren und zu aktivieren. Die Sachbearbeiter in den Arbeitsämtern versuchen, Lösungen für die vielschichtigen Probleme der Langzeitarbeitslosen im Hinblick auf Bildung, Gesundheit und familiäre Situation zu finden, um sie bei der dauerhaften Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

In **Lettland** ist die Langzeitarbeitslosenquote von ihrem Höchststand – 8,8 % der Erwerbsbevölkerung – im Jahr 2010 auf 4,5 % im Jahr 2015 (EU-Durchschnitt) gesunken. Die öffentliche Arbeitsverwaltung (Staatliche Arbeitsagentur) und ihre Aktivierungsmaßnahmen sowie der effiziente Einsatz der EU-Mittel haben entscheidend zur Verbesserung der Lage beigetragen. Die Staatliche Arbeitsagentur hat sich darauf konzentriert, die Wirksamkeit und Effizienz der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu erhöhen, indem sie ein personalisiertes Vorgehen auf der Grundlage der individuellen Bedürfnisse der Langzeitarbeitslosen eingeführt und die Zusammenarbeit mit den kommunalen Sozialdiensten ausgebaut hat. Auf der Grundlage eines im Zeitraum 2013 bis 2014 durchgeführten Pilotprojekts ist ein neues Aktivierungsprogramm für Langzeitarbeitslose eingeführt worden. Es umfasst Laufbahnberatung, psychologische und psychotherapeutische Begleitung, gründliche Gesundheitskontrollen, die Bewertung der fachlichen Eignung, Motivationsprogramme und andere Unterstützungsmaßnahmen entsprechend dem individuellen Bedarf.

Die Erfolge, die in **Dänemark** erzielt wurden, sind auf ein frühzeitiges, aktives Eingreifen zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen. Der dänische Flexicurity-Ansatz beruht auf einem dynamischen Arbeitsmarkt mit vielen offenen Stellen und häufigen Arbeitsplatzwechseln, was teilweise auf die relativ hohen Sozialleistungen zurückzuführen ist, die allerdings auch die Gefahr mit sich bringen, dass Phasen der Arbeitslosigkeit in die Länge gezogen werden. Aktive Arbeitsmarktmaßnahmen spielen daher eine wichtige Rolle. Alles deutet darauf hin, dass frühe und intensive Kontakte am besten geeignet sind, um Erwerbslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder durch aktive Maßnahmen so nahe wie möglich an eine normale Beschäftigungssituation heranzuführen.